

Ein Land namens Samsung

Südkoreas liberaler Präsident Moon Jae In wollte die Macht der Familienkonzerne brechen – nach zwei Jahren im Amt droht er zu scheitern **VON FELIX LILL**

Ein »tief verwurzelt« Übel seien diese Riesenkonzerne, klagte er vor zweieinhalb Jahren im Wahlkampf. Moon Jae In, damals bekannt als liberaler Menschenrechtsanwalt, versprach: »Ich werde eine Reform der Chaebols angehen.« Denn nur wenn den Chaebols, wie die von Familien geführten Firmen-Konglomerate in Südkorea heißen, Ketten angelegt würden, könnten endlich wieder alle vom Reichtum im Land profitieren. Auch wegen dieses Versprechens wurde Moon vor zwei Jahren Präsident von Südkorea.

Seine Diagnose trifft zu. Kaum irgendwo ist die Macht von Familienkonzernen größer und konzentrierter als in dem asiatischen Land. Die fünf größten Chaebols – der Reihe nach sind das Samsung, SK, LG, Hyundai, Lotte – stellen zwar kaum zehn Prozent der Jobs in Südkorea. Doch sie erwirtschaften mehr als die Hälfte der Umsätze aller 760 Unternehmen, deren Aktien im Seouler Leitindex KOSPI enthalten sind. Allein die Erlöse des Samsung-Konglomerats, hinter dem die Familie Lee steht und das mit einem Firmengeflecht aus rund 70 Unternehmen Handys, Fernseher, Halbleiter, Busse, Hotels, Mode, Sportrechte und vieles mehr anbietet, entsprechen einem Fünftel des südkoreanischen Bruttoinlandsprodukts. Und anhand von Samsung lässt sich das ganze Problem der Chaebols exemplarisch erzählen.

Durch ihre Dominanz, so urteilte Moon Jae In in seiner Zeit als Wahlkämpfer, bewirkten die Konglomerate mittlerweile mehr Schlechtes als Gutes. Zwar hatten sie nach den 1950er-Jahren, als Südkorea infolge des Kriegs mit dem Norden zu den ärmsten Ländern der Welt gehörte, den Aufbau maßgeblich vorangetrieben. Aber heute sieht man die Logos dieser Konzerne an jeder Straßenecke. In vielen Sektoren sind Monopole oder Oligopole entstanden, die Konkurrenten klein halten oder aufkaufen und sich einverleiben. »Chaebols zahlen ihren Zulieferern oft ruinös niedrige Preise. Oder sie klauen einfach deren Technologien«, sagt Lee Byung Cheon, Wirtschaftspräsident an der Kangwon-Universität in Seoul. Auf der anderen Seite zahlen sie nur wenig Steuern und schaffen, verglichen mit ihrer Größe, kaum noch Jobs. Mittlerweile hat ein Drittel aller Arbeitskräfte in Südkorea keinen langfristigen Arbeitsvertrag mehr, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt elf Prozent. Viele Südkoreaner bezeichnen ihr Land inzwischen zynisch als »Samsung-Republik« – einen Ort, an dem die Wirtschaft mächtiger ist als die Politik.

Viele Spitzenpolitiker sind schon wegen Korruption verurteilt worden

Neu ist das Problem nicht. Und lang ist die Liste der gebrochenen Versprechen und peinlichen Skandale: Schon 2005 sagte der damalige liberale Präsident Roh Moo Hyun: »Mittlerweile scheint die Macht auf den Markt übergegangen zu sein.« Sechs Monate nach Ende seiner Amtszeit nahm sich Roh 2009 das Leben, nachdem gegen ihn Untersuchungen wegen Bestechlichkeit eingeleitet worden waren. Rohs konservativer Amtsnachfolger Lee Myung Bak stand den Chaebols wohl ebenfalls sehr nahe – jedenfalls wurde er wegen Korruption zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Und auch die konservative Politikerin Park Geun Hye hielt ihr Versprechen aus dem Wahlkampf 2012 nicht, sie werde für »ökonomische Demokratisierung« sorgen. Park ist die Tochter des Diktators Park Chung Hee, der als politischer Wegbereiter der riesigen Konglomerate gilt. Als Präsidentin stolperte sie 2016 wegen einer Korruptionsaffäre mit Samsung und anderen Chaebols. Sie wurde schließlich zu 25 Jahren Haft verurteilt.



Foto: Seung-Joon Cho/Bloomberg/Getty Images



Eine Virtual-Reality-Brille von Samsung (oben), Aktionäre der Elektroniksparten warten auf Einlass zur Hauptversammlung in Seoul



So hart Politiker bestraft werden, so auffällig weich fallen viele Wirtschaftsbesitzer, die auf der anderen Seite an den Geldschiebereien beteiligt sind. Beispielsweise der De-facto-Chef von Samsung, Lee Jae Yong, das derzeit wohl einflussreichste Mitglied der Lee-Familie. Wegen seiner Rolle im Korruptionsskandal um die Ex-Präsidentin Park war er festgenommen und vom Gericht zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt worden. Ein Jahr später kassierte die nächste Instanz einen Teil der Vorwürfe, halbierte die Strafe, setzte den verbliebenen Rest zur Bewährung aus – und entließ Lee aus dem Gefängnis. Vergleichbare Berichte gibt es über Führungskräfte anderer Konglomerate: Zunächst der Korruption verdächtigt oder überführt, wurden sie bald darauf überraschend entlastet, freigesprochen oder begnadigt. »Ich kenne kein anderes Land, in dem Konzerne so mächtig sind«, sagt Wirtschaftsprofessor Lee. Auf Anfrage der ZEIT wollte sich Samsung nicht zu den Verflechtungen mit der Politik äußern.

Unter Gewerkschaften ist Südkorea für seine schlechten Arbeitsbedingungen berüchtigt

Geschichten von Menschen, die Probleme mit den Konglomeraten bekamen, gibt es dagegen immer wieder. Eine dieser Geschichten kann Cho Seong Gu erzählen, ein Softwareunternehmer aus Seoul. Seine Programme konnten große Datenmengen in verschiedensten Formaten les- und nutzbar machen, und bis vor 15 Jahren arbeitete Cho als Zulieferer im Auftrag von Samsung. Dann warf er Samsung den Diebstahl geistigen Eigentums vor, sah sich um seine Softwaretechnologie gebracht und verklagte den Chaebol. »Ich habe seitdem über 170 Abgeordnete getroffen. Mein Fall wurde im Parlament diskutiert und in internationalen Medien zitiert«, sagt Cho. Am Ende allerdings unterlag er vor Gericht. Die Prozesse hätten Jahre gedauert und seien so teuer gewesen, dass er darüber sein Unternehmen, sein Haus und seine Familie verloren habe, sagt er. Zu dem Fall nahm Samsung auf Anfrage keine Stellung, Cho wirkt heute resigniert: »In Südkorea ist es unmöglich für einen kleinen Geschäftsmann, gegen ein Chaebol zu gewinnen.«

Ähnlich sieht es aus, wenn es um Arbeitnehmerrechte geht. Obwohl die südkoreanische Verfassung ausdrücklich das Recht auf Versammlungsfreiheit garantiert, werden regelmäßig Demonstranten und Gewerkschafter verhaftet, weil sie angeblich die öffentliche Ordnung stören. Auch innerbetrieblich haben es Arbeitnehmervertreter nicht leicht. Auch dazu möchte Samsung sich heute nicht äußern. Aber der Gründer des Chaebols, Lee Byung Chul, hatte schon vor vielen Jahrzehnten öffentlich getönt, Gewerkschaften würde er »nur über seine Leiche« dulden.

Tatsächlich haben koreanische Medien mehrmals berichtet, dass das Management von Samsung-Betrieben schwarze Listen von gewerkschaftlich aktiven Mitarbeitern geführt habe. »Mich haben sie dafür gefeuert«, sagt Kim Seong Hwan, der kurz nach der Jahrtausendwende bei Samsung eine Arbeitervertretung ins Leben rief und später wegen seiner Proteste verhaftet wurde. Und Kim ist offenbar kein Einzelfall. Auch Vorsitzende von Gewerkschaften wurden mehrmals im Anschluss an Demonstrationen festgenommen. Im »Rechts-Index«, den der internationale Gewerkschaftsbund ITUC über »die schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen« führt, steht Südkorea aktuell in der zweitschlechtesten Kategorie – gemeinsam mit China, Kasachstan und Saudi-Arabien.

Die Bevölkerung hat die Problematik längst erkannt. Eine ITUC-Umfrage ergab 2017, dass sich 86 Prozent der Südkoreaner wünschen, die Konzerne würden ihren fairen Anteil zum Wohl-

ergehen der Gesellschaft beitragen. Gut sechs von zehn Befragten geben an, die Regierung habe zu wenig Macht, während fast drei Viertel den Unternehmenssektor für zu mächtig halten. Umso größer waren die Erwartungen an den Menschenrechtler Moon Jae In als neuen Präsidenten. Würde er aus dem Land endlich eine wirkliche Demokratie machen, die diesen Namen verdient?

Zwei Jahre nach Amtsantritt fällt seine Bilanz gemischt aus. Einerseits hat Moon einen bekannten Chaebol-Kritiker an die Spitze der Wettbewerbsbehörde gesetzt, die auch schon einige Untersuchungen eingeleitet hat. Die Unternehmenssteuer wurde leicht erhöht – von 22 auf 25 Prozent. Auch der gesetzliche Mindestlohn stieg um 16 Prozent, das war eines von Moons zentralen Wahlversprechen. Allerdings müssen auch kleine Unternehmen den Mindestlohn zahlen.

Andererseits profitieren die Chaebols von Ausnahmeregelungen und dürfen bereits vorhandene Leistungen wie Essenszuschüsse oder Pendlertickets auf den Mindestlohn anrechnen, sodass sich im Ergebnis für sie kaum etwas ändert. Zudem ist die Rhetorik des Präsidenten mittlerweile deutlich sanfter geworden. Von einer großen »Chaebol-Reform« spricht er mittlerweile kaum noch, dafür allerdings regelmäßig darüber, wie wichtig die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Konzerne für Südkorea sei.

»Moon hat nichts gebracht«, klagt der Samsung-Gewerkschafter Kim Seong Hwan. Es helfe auch nur wenig, wenn sich der Präsident ständig mit Konzernbossen ablichten lasse, für einfache Arbeiter jedoch kein Ohr habe. Im November letzten Jahres protestierten 150.000 Gewerkschafter auf den Straßen Seouls und kritisierten den Präsidenten für dessen »gemeinsame Sache mit den Chaebols«. Kam Moon vor einem Jahr in der Bevölkerung noch auf einen Zustimmungswert von 77 Prozent, ist dieser im Mai 2019 auf 47 Prozent gefallen.

Vor einem Jahr war Moon allerdings auch deshalb so beliebt, weil er kurz zuvor den nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un getroffen hatte. Denn Moon hatte seinen Wählern auch dies verkündet: Er, der Sohn von Flüchtlingen aus dem Norden, wolle sich mit voller Kraft für gute Beziehungen und letztendlich für eine Wiedervereinigung mit Nordkorea einsetzen. In Südkorea, das mit dem Norden seit 69 Jahren im Kriegszustand verharrt, stoßen solche Parolen auf viel Zuspruch – nur unter Konservativen werden sie tendenziell abgelehnt.

Deshalb braucht Moon für dieses Projekt Unterstützung. So nahm er schon im September letzten Jahres, als er Kim Jong Un in Pjöngjang besuchte, gleich die Chefs der vier größten Chaebols mit. Die Botschaft an Kim lautete: Südkorea könnte im Norden groß investieren. Die Botschaft an die Konzerne indes war: Das Projekt Annäherung gehe nicht ohne sie. Und Moon braucht die Unterstützung der Konglomerate nun dringender denn je, seit im Februar ein Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un über atomare Abrüstung und wirtschaftliche Sanktionen ergebnislos scheiterte.

Ende Juni will Trump nach Seoul kommen und gemeinsam mit Moon über eine neue Strategie für den weiteren Umgang mit dem Norden reden. Er wird dann einem Politiker gegenüber sitzen, der in einem Dilemma steckt und zum Gefangenen seiner eigenen Ansprüche wurde. Kritiker werfen Moon bereits vor, er opere die Reform der heimischen Demokratie, um sich mit dem undemokratischen Nachbarstaat anzufreunden. Dass er zuletzt energisch die Liberalisierung des koreanischen Gesundheitssektors vorantreibt, gilt ihnen als klares Zeichen dafür: Samsung ist auch einer der größten Krankenhausbetreiber des Landes.

ANZEIGE

IMMOBILIEN

ÖSTERREICH

Neu Leopoldau Entwicklungs GmbH

Veräußerung Liegenschaft in 1210 Wien, Tauschekgasse/Petritschgasse

Verkaufsverfahren Interessentensuche im mehrstufigen Verfahren mit Bekanntmachung

Verkaufsgegenstand Bauplatz O – Liegenschaft mit Adresse Tauschekgasse/Petritschgasse, 1210 Wien – Fläche: 21.008 m²

Grundbuch Katastralgemeinde Leopoldau 01613 Gst.-Nr. 1643/40 EZ 7134

Ausloberin Neu Leopoldau Entwicklungs GmbH Messeplatz 1, 1021 Wien

Verkäuferin Wiener Netze GmbH

Unterlagenbehebung Modalitäten auf www.neuleopoldau.at

Eignungskriterien sind den Unterlagen der Interessentensuche zu entnehmen

Verfahrensstart voraussichtlich ab 04.06.2019

Interessensbekundung bis 09.07.2019 als Scan per E-Mail an die Neu Leopoldau Entwicklungs GmbH, office@neuleopoldau.at

Angebotsabgabe bis 04.10.2019

BEZUGSFERTIGES BAUEN

IM EINKLANG MIT DER NATUR

www.huf-haus.com/lebensart



HUF HAUS
Das Original - Seit 1912

Wohngesunde Designhäuser



Nachhaltig
Effizient
Schadstoffgeprüft
www.baufritz-dz.de



BAUFRTZ
WIR BAUEN GESUNDHEIT